

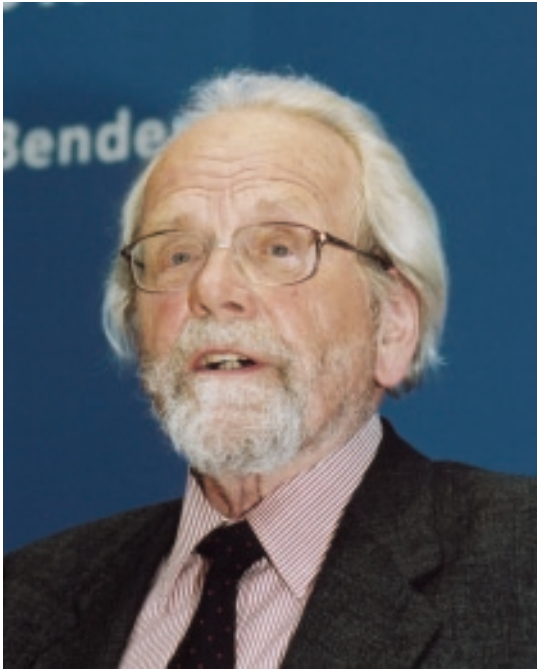


Peter Bender

Sieben Wunder der Vereinigung

**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG

Forum Berlin



Peter Bender

geboren 1923,
beschäftigte sich als Journalist und Historiker
hauptsächlich mit Fragen der deutschen Teilung
sowie der Ost-West-Problematik insgesamt.
1968 bis 1969 war er Senior Fellow beim
Strategischen Institut in London, von 1973 bis 1975
ARD-Korrespondent in Warschau.
Seit 1964 arbeitete er als Buchautor.

Zuletzt erschienen: „Weltmacht Amerika – Das neue
Rom“ (2003) und „Deutschlands Wiederkehr. Eine
ungeteilte Nachkriegsgeschichte“ (2007).

Peter Bender starb im Jahr 2008.

Peter Bender

Sieben Wunder der Vereinigung

**FRIEDRICH
EBERT 
STIFTUNG**

Forum Berlin

Inhalt

	Die sieben Wunder der Vereinigung	6
1.	Nicht mehr für dumm verkaufen lassen	7
2.	Der Bruderbund bricht	11
3.	Bürger erpressen den Staat	14
4.	Die unten wollen nicht mehr, die oben können nicht mehr	18
5.	Ein Traum wird wahr	23
6.	Das Unmögliche wird möglich	28
7.	Der Koloß steht nur noch auf tönernen Füßen	35



Zittauer Gebirge, 2008
Foto: Michael Krause

Sieben Wunder der Vereinigung

Was lange dauert, wird selbstverständlich. Vor zwanzig Jahren war es selbstverständlich geworden, daß die Deutschen in zwei Staaten lebten. Das Beste, was man sich vorstellen konnte und was die Politik zu erreichen suchte, war ein möglichst spannungsfreies,

vielleicht sogar gutes Verhältnis zwischen Bundesrepublik und DDR – vor allem Mauern und Grenzzäune mit vielen Löchern. Heute, fast zwanzig Jahre später, ist es selbstverständlich geworden, daß alle Deutschen im selben Staat leben.

Selbstverständlich heißt:

Es ist eben, wie es ist. Es ist so gekommen, weil es so kommen mußte, denn sonst wäre es nicht so gekommen. Kaum jemand wundert sich daher noch. Aber wenn man die Geschichte nicht von hinten betrachtet, von ihren Ergebnissen her, sondern von vorn, wenn man sie so ins Gedächtnis zurückholt, wie man damals alles erlebt hat, dann trifft man auf wahre Wunder. Sieben davon seien erinnert. Gemeinsam ist ihnen das Unerwartete, das zum Ereignis wurde.

Nicht mehr für dumm verkaufen lassen.



Halle (Saale), 1989
Foto: Robert-Havemann-Gesellschaft (BStU-Kopie)

Am 7. Mai 1989 sollte alles so sein, wie es immer war, wenn in der DDR gewählt wurde. Jeder DDR-Bürger stimmt einer Einheitsliste zu, deren Zusammensetzung die Partei entscheidet. Die Zustimmung beträgt 99 Prozent, nur für die Stellen hinter dem Komma gibt es Varianten wie bei der Volkskammerwahl 1981: 99,86 Zustimmung im ganzen Land, 99,66 in Ost-Berlin. Doch die Kommunalwahlen im Mai 1989 verliefen anders, als die Partei geplant hatte und es gewohnt war.

Schon vor dem Wahltag registrierte die Stasi hundert „Vorkommnisse“, Flugblätter, Plakate, Aufrufe, die Wahlen zu boykottieren. Mancherorts nutzten Oppositionelle die Wählerversammlungen, um zu versuchen, die Kandidaten der Einheitsliste abzuwählen; zuweilen hatten sie Erfolg, zuweilen nötigten sie die Veranstalter, Ort und Zeit der Wählerversammlungen geheimzuhalten. Da es sich als unmöglich erwies, eigene Kandidaten aufzustellen, wurden die Kontrolle der Wahlen und der Nachweis ihrer Fälschung zum Hauptziel der meisten Oppositionsgruppen. In fast allen größeren Städten drangen sie in Wahllokale ein und brachten manchmal in einem Lokal mehr Nein-Stimmen ans Licht, als für den ganzen Umkreis offiziell gemeldet wurden.

Entscheidend war natürlich nicht der begrenzte Erfolg der Kontrollaktion, denn sie bestätigte nur, was jeder wußte: die 99 Prozent stimmen nicht, der Staat fälscht. Entscheidend war das Aufsehen,

das der öffentliche Protest gegen die Fälschung schuf. Und in einem tieferen Sinne nicht allein gegen die Fälschung, sondern gegen die Zustimmung, die 99 Prozent zu glauben. Nicht nur die Oppositionsgruppen, viele Normalbürger hatten es satt, sich immer wieder für dumm verkaufen zu lassen.

Und sich als Stimmvieh vorführen zu lassen. Denn was die DDR ihren Bürgern als Wahlen verordnete, war ein Exerzierreglement zur Gehorsamsprüfung. Die Wähler mußten nicht antreten und militärische Haltung annehmen, aber wurden angehalten, als Hausgemeinschaft geschlossen zum Wahllokal zu gehen, die Wahlkabine als Relikt des bürgerlichen Zeitalters zu ignorieren und offen ihren Stimmzettel in die Urne zu werfen. Vorbildlich war eine Hausgemeinschaft, die nicht privat den Tag vertrödelte und sich erst kurz vor Schluß zum Wahllokal

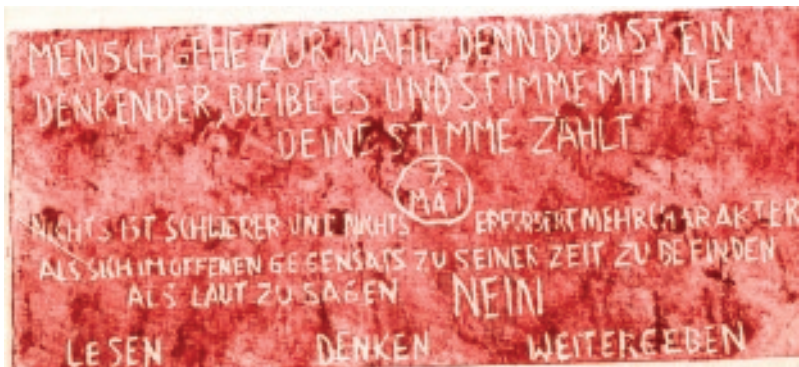
bequemte, sondern schon früh ihre Pflicht erfüllte und melden konnte: Müllerstraße 38 hat bis elf gewählt.



Ein Flugblatt, das zum Protest gegen Wahlfälschung aufruft
Quelle: Robert-Havemann Gesellschaft (BSTU-Kopie)

In den achtziger Jahren hatte sich die Strenge solcher Rituale weitgehend verloren, aber der Zweck der Wahlen blieb erhalten: Disziplinierung des Volkes und Bestätigung des Regimes. Offener Protest und der Anspruch der Kontrollierten, ihrerseits zu kontrollieren, war daher eine Herausforderung der Herrschenden, ein Angriff auf ihre Herrschaftsmethoden, ein Aufstand gegen Demütigung. Hier zeigte sich etwas Neues. Die Rollen von Staatsmacht und Opposition begannen, sich umzukehren. Der Staat wollte das Volk mit den Wahlen für seine Politik mobilisieren, aber Bewegung ging vor, an und nach dem

7. Mai 1989 von den Opponenten aus. Sie waren die Angreifer, Partei und Staat mußten sich verteidigen, und auch dabei machten sie eine schwache Figur. Die Stasi wußte nahezu alles, was die verschiedenen Oppositionsgruppen planten und weiträumig organisierten, aber sie tat, im Verhältnis zu ihrem Wissen, wenig. Wie konnte es geschehen, daß Unbefugte in viele Wahllokale eindringen, sich über die Wahlzettel hermachten und zählten oder nachzählten. Vierzig Jahre lang war sicher, daß in der DDR nicht sein kann, was nicht sein darf, aber das galt nicht mehr.



Ein Flugblatt, das dazu aufruft, am 7. Mai 1989 gegen die Kandidaten der Nationalen Front zu stimmen.

Quelle: Robert-Havemann-Gesellschaft

Der Bruderbund bricht

Am 11. September 1989 öffnete Ungarn seine Grenze nach Österreich auch für Flüchtlinge aus der DDR. Bis Ende September kamen auf diesem Weg über 25.000 Ostdeutsche in die Bundesrepublik – 25.000, das ist die Einwohnerschaft einer kleinen Stadt. Für die DDR bedeutete die ungarische Entscheidung den Verlust ihres wichtigsten Herrschaftsmittels. Mit dem Bau der Mauer hatten Ulbricht und Honecker 1961 ihren Staat für einige Zeit leidlich stabilisiert – was immer die Menschen dort wollten und wünschten, erreichen konnten sie es nur unter den Bedingungen der DDR. Es gab keine Alternative. Dieser Zwang hatte sich seit Mitte der Achtziger gemildert, Ausreise in die Bundesrepublik war sehr schwierig, aber mit viel Geduld und Entbehrungsbereitschaft möglich geworden. Doch nun gab es einen einfachen Weg: Wer legal oder illegal nach Ungarn gelangte, hatte freie Fahrt nach Westen. Die Mauer hatte ihren Zweck im wesentlichen eingebüßt. Honecker hätte sie nach Süden und Osten verlängern, ganz um die DDR herum ziehen müssen, um seine Bürger wieder in seine Gewalt zu bekommen.

Die Empörung in der DDR-Führung war groß und begreiflich, sie forderte die Rücknahme der Grenzöffnung und warf den Ungarn Vertragsbruch vor. In einem Abkommen des Jahres 1969 hatten sich beide Seiten verpflichtet, Bürger des anderen Staates nicht ohne gültige Reisedokumente in Drittländer reisen zu lassen. Das

ungarische Außenministerium berief sich auf den Wiener Vertrag über Vertragsrecht von 1969, der den Rücktritt von einem Vertrag erlaubt, wenn sich die Umstände grundlegend verändert haben. Beide hatten auf ihre Weise recht. Die DDR fühlte sich in einer existentiellen Frage verraten, Ungarn meinte, wenn ein Staat die Massenabwanderung seiner Bürger nicht verhindern kann und die Massen ein anderes Land überfluten, dann bestehen die Voraussetzungen nicht mehr, unter denen der Vertrag geschlossen wurde.

Aber im Kern handelte es sich natürlich um einen politischen Streit. Alle diktatorisch-sozialistischen Länder im Sowjetbereich waren fest miteinander verbündet und galten einander als Bruderländer, geführt von kommunistischen Bruderparteien. Tatsächlich war es mit der Brüderlichkeit nicht weit her, auch im Block folgte jeder seinen nationalen Interessen. Doch eines verband alle, kettete sie aneinander: die Glaubensgemeinschaft der kommunistisch Herrschenden, die in der Überzeugung lebten und regierten, der übrigen Welt um eine historische Epoche voraus zu sein auf dem Weg in die kommunistische Zukunft der Welt. Da durfte, ja konnte es kein Zurück in einen früheren gesellschaftlichen Zustand geben. Auch wenn diese Überzeugung Ende der achtziger Jahre kaum mehr in alter Frische lebte, einig blieben sich alle kommunistischen Regime: Wenn einer von uns fällt, ist für alle Gefahr im Verzuge, deshalb müssen wir, wenn beim Nachbarn die Macht schwindet, dafür sorgen, daß er sie behält. So besetzten alle sozialistischen Staaten (außer Rumänien) im August 1968 die Tschechoslowakei, weil es ihnen schien, der neue Parteichef Alexander Dubcek halte die Zügel nicht mehr fest genug.

Die ungarische Grenzöffnung für DDR-Bürger war ein dreifach unerhörter Vorgang. Erstens verließ Budapest den Solidaritätsbund der kommunistischen Herrscher. Zweitens, noch schlimmer, wechselte es

dabei die Fronten: Ministerpräsident Miklos Németh einigte sich in der Flüchtlingsfrage nicht mit Erich Honecker, dem Genossen, sondern mit Helmut Kohl, dem Klassenfeind. Und drittens schlug er eine Bresche in den „Eisernen Vorhang“, der den Osten Europas seit vierzig Jahren vom Westen abspernte und unentbehrlich war für die Bewahrung der kommunistischen Macht. Wer hat all das damals für möglich gehalten?

Bürger erpressen den Staat

Jahrzehnte lang ließ sich die DDR immer wieder etwas einfallen, um die Fernhaltung ihrer Bürger vom Westen zu perfektionieren: Bürokratische Einschränkungen und Kontrollen, Stasi-Überwachung, um Fluchtvorbereitung zu verhindern, Abmachungen mit den Bruderstaaten, DDR-Flüchtlinge festzunehmen oder nicht hinauszulassen. Vor allem Abdichtung der DDR selbst durch Mauer, Todesstreifen, Schießbefehle, Selbstschußanlagen und riesige Scheinwerfer, die bei Anbruch der Dunkelheit die Ostsee nach wagemutigen Männern absuchten, die nach Dänemark davonschwimmen wollten. Wer hinauswollte aus der DDR, mußte sich ebenfalls etwas einfallen lassen, Phantasie und technisches Genie reichten bis zum Bau von Ballons und U-Boot-ähnlichen Tauchgeräten.

Ende der achtziger Jahre kam eine neue Methode auf, sie war einfach und brutal: Man gehe in die Ständige Vertretung der Bundesrepublik in (Ost-)Berlin oder in eine westdeutsche Botschaft in Prag, Warschau, Budapest und erkläre: Ich verlasse dieses Gebäude nur, wenn ich von hier in die Bundesrepublik komme. Das Verfahren setzte alle Seiten unter Druck. Die DDR konnte den Flüchtling nicht fassen, seiner Forderung aber auch nicht ausweichen. Wenn der Fall nicht öffentlich wur-

de, konnte sie ihn in Verhandlungen mit Bonn diskret regeln. Wenn die Sache erst einmal in den Zeitungen stand, wurde sie meistens zu einer Blamage für die DDR. Sie wirkte schwach, wenn sie nachgab, oder böseartig starr, wenn sie auf der Rückkehr der Flüchtigen beharrte.

Die Bundesrepublik durfte keinen Deutschen, der zu ihr wollte, zurückweisen und mußte sich in strapaziösen Verhandlungen bemühen, die DDR zur Entlassung ihres Staatsbürgers zu bewegen. Das konnte viele Wochen dauern – solange saßen die Übersiedler, oft ganze oder mehrere Familien, in der Botschaft, Botschaften sind keine Hotels. Ärger hatte auch das Gastland, Polen, Ungarn oder die Tschechoslowakei, keiner wollte Kampfplatz für deutsch-deutsche Streitigkeiten sein.

Doch die Methode hatte oft Erfolg und fand viele Nachahmer. Mitte August 1989 befanden sich 40 Ostdeutsche in der westdeutschen Botschaft in Prag, einen Monat später waren es 400 und zehn Tage später 2.000. Die Verhältnisse wurden unerträglich, auch eine Großküche reichte nicht mehr zur Ernährung, die hygienischen Zu-

stände spotteten jeder Beschreibung, die Nächte wurden kalt, für 500 Kinder mußte gesorgt werden.

Beide deutschen Regierungen waren dem Problem nicht mehr gewachsen, also versuchten sie es gemeinsam. Die DDR forderte die Botschaftsbesetzer auf, von Prag in die DDR zurückzukehren und von dort weiter in die Bundesrepublik zu fahren. Sie wollte das Gesicht wahren und behaupten, sie habe Leute, die „ihre Heimat verrieten“, abgeschoben. Doch die meisten Fluchtwilligen glaubten den Versprechungen ihrer Regierung, sie ausreisen zu lassen, nicht. Auch Westdeutsche konnten sie nicht überzeugen. Mehrere Staatssekretäre aus Bonn und sogar Bundesaußenminister Genscher waren nach Prag geflogen, aber auch sie brachten die Auswanderer erst dazu, die Züge

durch die DDR zu besteigen, als hohe Bundesbeamte dazustiegen und mit ihrer Person garantierten, daß sie auf dem Weg durch die DDR wirklich in die Bundesrepublik kommen würden.

Es war ein unglaublicher Vorgang: Die DDR-Regierung brauchte die Bundesregierung, ihren Rivalen und Feind, um ihre Bürger zu überzeugen, daß sie ihr Wort halten werde. Es war die politische Kapitulation des kommunistischen Staates vor dem demokratischen. Zugleich offenbarte sich wieder ein verändertes Verhältnis zwischen Staat und Bürger. Früher mußte sich, wer die DDR verlassen wollte, zu einem Fluchtweg schleichen und sich heimlich davonstehlen, jetzt erzwangen sich die Botschaftsbesetzer ihren Fluchtweg, zuletzt sogar öffentlich in großer Zahl. Durch Erpressung des Staates siegten sie über die Zwangsmittel des Staates. Da geschah etwas, das nicht mehr in Einklang zu bringen war mit allem, was man im Osten von der DDR erfahren und im Westen über sie gelernt hatte. Nur seriöse Nachrichten und Fernsehbilder beglaubigten damals, was sonst kaum jemand geglaubt hätte.



Graffiti in Dresden-Neustadt, 1988
Foto: Frank Eckardt

Die unten wollen nicht mehr, die oben können nicht mehr

Der Kapitulation vor dem Westen folgte die Kapitulation vor dem eigenen Volk. „Wir sind das Volk“ riefen die Demonstranten im Leipziger Herbst 1989, das war die offene und offensive Herausforderung der Herrschenden: Nicht die Partei verkörpert das Volk, wir sind

das Volk. Nicht ZK und Politbüro sprechen für das Volk, wir sprechen selbst für uns.

Am 2. Oktober sammelten sich in Leipzig mehr als 20.000 Demonstranten zur Forderung nach Reformen, am 9. Oktober 70.000 und am 16. Oktober mehr als 120.000 für demokratische Erneuerung, am 23. Oktober rund 300.000 für freie Wahlen. Am 4. November demonstrierten in Ost-Berlin weit mehr als 500.000 für Demokratie in der DDR, und es sprachen nicht mehr nur Parteigegner, sondern auch Parteigenossen, und die Polizei hielt still. Sie hatte sich mit Ordern der Demonstranten zu einer Sicherheitspartnerschaft, also gemeinsamer Sorge für Ruhe und Ordnung, verständigt. Eine Wende zeigte sich: Die Herrschenden bekämpften das Volk nicht mehr, sondern versuchten, sich mit ihm zu arrangieren.

Seit 36 Jahren hatte es in der DDR keine Massendemonstrationen gegeben. Der 17. Juni 1953 war für Volk wie Regime zum Trauma

geworden. Das Volk hatte erfahren, daß offene Rebellion gewaltsam niedergeschlagen wird, sie bringt nichts außer Tod, Haft und weiterer Unterdrückung. Die folgenden Jahrzehnte bestätigten die Erfahrung: Der Aufruhr in Posen und der Aufstand in Ungarn 1956; die Erstickung des „Prager Frühlings“, des Versuchs, den Sozialismus zu humanisieren, 1968; das Kriegsrecht in Polen, das 1981 die Freiheitsbewegung Solidarnosc niederzwang.

Das Trauma der SED-Führer zeigte sich in dem überängstlichen Bemühen, immer sogleich den Anfängen zu wehren. Wenn es einmal losgeht, ist es schwer noch aufzuhalten, diese Erfahrung, ebenfalls in den Nachbarländern bestätigt, führte die alten Männer um Honecker sogar zur Abwehr sowjetischer Belebnungsversuche für den Ost-Sozialismus. Glasnost und Perestrojka wurden ferngehalten von der DDR, eine sowjetische Zeitschrift wurde sogar praktisch verboten.

Was sich im Herbst 1989 in der DDR abspielte, war beispiellos, es widersprach allem, was nach vierzigjähriger Beobachtung, Erfahrung und Forschung zu erwarten war: Die Bürger probten den Aufstand, und die Regierenden schlugen nicht sofort zu. Die Bürger ließen nicht nach, und die Regierenden wichen Schritt für Schritt zurück, als sich erwies, daß auch brutale Polizeiknüppelei nicht verhinderte, daß am nächsten Montag noch mehr Menschen sich sammelten, um zu demonstrieren. Erich Honecker schickte im Juni seinen Stellvertreter Egon Krenz nach Peking, um sich mit der chinesischen Parteiführung zu solidarisieren. Die asiatischen Genossen hatten den Aufstand auf dem Platz des Himmlischen Friedens blutig niedergeschlagen, sie hatten gehandelt, wie es sich für regierende Kommunisten gehörte.

Die deutschen Kommunisten lobten das Vorbild, folgten ihm aber nicht. Alle Machtmittel hatten sie noch, aber nicht mehr die Kraft, sie zu nutzen und Blut zu vergießen, viel Blut. Etwas Entscheidendes hatte

sich geändert: Unten war die Angst gewichen, oben der Mut. Unten wuchs Selbstvertrauen, oben schwand es. Und je mehr unten die Kraft zunahm, desto weiter verringerte sie sich oben. Zehn Jahre vorher hätte die Parteiführung wahrscheinlich zugeschlagen, jetzt wagte sie es nicht mehr. Sie war sich ihrer Mitglieder, ihrer Sache und ihrer selbst nicht mehr sicher.



Demonstration in der Schönhauser Allee in der Nacht vom 7. zum 8. Oktober 1989
Foto: Robert-Havemann-Gesellschaft

Partei und Staat der DDR wurden mit dem Volk nicht mehr fertig, weder mit denen, die weiter in Massen davonliefen, noch mit denen, die in Massen auf die Straßen gingen und ihre Entschlossenheit demonstrierten, sich nicht weiter auf SED-Manier regieren und kujonieren zu lassen. Die Deutsche Demokratische Republik verfiel und zerfiel, aber niemand wußte, was daraus werden würde. Und niemand, weder in noch außerhalb der DDR, unternahm etwas Nennenswertes, um die Entwicklung in die Hand zu bekommen. Niemand versuchte, die DDR zu retten.

So ging es weiter bergab mit dem zweiten deutschen Staat. Bald sammelten sich auch Tausende SED-Mitglieder, verlangten eine Grunderneuerung der Partei und die Ablösung der alten Führungskader. Am 7. Oktober, dem 40. Jahrestag der DDR, pries Erich Honecker die DDR als den Höhepunkt der deutschen Geschichte, elf Tage später mußte er alle seine Ämter aufgeben. Drei Wochen später räumte fast die gesamte alte Garde ihre Führungspositionen. Noch einmal drei Wochen später verlor die SED ihr Recht auf ewige Führung in Staat und Gesellschaft, die Volkskammer strich die „führende Rolle“ der Sozialistischen Einheitspartei aus der Verfassung. Zwei Wochen später korrigierte die Partei sich selbst, sie nannte sich nun PDS, Partei des demokratischen Sozialismus, und degradierte sich zu einer Partei wie alle anderen.

All das geschah folgerichtig und war, früher oder später, zu erwarten. Unerwartet war jedoch das Tempo der Veränderung und überraschend deren Radikalität. Kommunistische Herrschaft bedeutete mehr als Diktatur, die es in vielen Ländern gibt, sie war eine quasi-religiöse Herrschaft, die ihre Legitimation aus vermeintlicher historischer Notwendigkeit zog, also aus übermenschlicher Sphäre. Was die SED aufgeben mußte und dann aus eigener Einsicht aufgab, war nicht nur politische Macht, es war der Glauben an ihr ideologisches Gottesgnadentum.

Damit ging in Deutschland der Kalte Krieg zu Ende, der hier ja mehr als sonst zwischen Ost und West ein Kampf der politischen Philosophien war. Außer den – entscheidenden – Großmachtinteressen hinderte allein die Unvereinbarkeit von Demokratie und Parteidiktatur die Deutschen, sich zu vereinigen. Mit dem Übergang der SED zur PDS entzogen die Verantwortlichen der DDR ihrem Staat das Existenzrecht – ein Wunder für jeden, der vierzig Jahre Kalten Krieg erlebt hatte.

Ein Traum wird wahr

Ebenfalls folgerichtig und zu erwarten war, daß die Ostdeutschen allmählich mehr und mehr die ersehnte Reisefreiheit nach Westen erhalten würden. Zu weit hatte die Kraft des Regimes nachgelassen, als daß die hermetische Abriegelung noch lange möglich gewesen wäre. Dennoch wurde der 9. November 1989 zum Tag des Wahnsinns – es war das Wort, das die Ostberliner riefen, als sie durch die Mauer in den anderen Teil der Stadt strömten. „Wahnsinn“ antworteten die Westberliner, die ihnen zur Grenze entgegenkamen. „Wahnsinn“ drückte das Unglaubliche aus.



An der Berliner Mauer, Dezember 1989,
Foto: Fotoarchiv Jupp Darchinger im AdsD der FES

Jahrzehnte lang hatte man hinüber gewollt, Jahrzehnte lang nicht gekonnt. Mancher im Osten, auch mancher im Westen, hatte fast vergessen, daß er nur in einer halben Stadt lebte. Die meisten Jüngeren im Osten hatten nie selbst erfahren, daß es noch ein zweites Berlin gab. Heute konnte man von beiden Seiten her die andere Welt erreichen, ohne daß Schlagbäume hinderten und Posten kontrollierten, kommandierten und manchmal schikanierten. Manche Trabis fuhren bis in weit entfernte Westberliner Bezirke, vielleicht um Freunde zu besuchen, vielleicht auch nur, um die Fahrt weit ins andere Land zu ge-

nießen. Am Kurfürstendamm entwickelte sich ein spontanes Volksfest, Kneipen gaben Freibier für die Gäste von drüben, Unbekannte lagen sich in den Armen, ein Westberliner taufte jedes Ostauto, das über die Grenze kam, mit einem Spritzer Sekt.

Mit ein wenig Verzögerung ergriff der Wahnsinn ganz Deutschland. Auch in den westlichen Randbezirken der DDR machten sich viele auf den Weg, um zu probieren, ob man hinüberkäme. In den nächsten Tagen begann eine Völkerwanderung. Alle Straßen der DDR, die zu den Übergängen in die Bundesrepublik führten, waren verstopft. Der gesamte Ost-West-Verkehr stockte, Ankunftszeiten wurden unberechenbar, Liefertermine hinfällig. Fast jeder Ostdeutsche, der irgendwie mobil war, fuhr nach Westen, um das andere Land kennenzulernen oder auch nur, um zu fahren, weil er nun fahren konnte.

Wer eine politische Erklärung für den Mauerfall sucht, findet ein weiteres, besonders staunenswertes Kapitel politischer Unfähigkeit. Honeckers Nachfolger wollten sich dem Volk empfehlen und ein wirklich liberales Reisegesetz schaffen, doch sie machten fast alles falsch. Das Gesetz wurde ein Gesetz nach Art der DDR: Die Einschränkungen des guten Zwecks brachten den Zweck fast zum Verschwinden. Um nicht die letzte Glaubwürdigkeit zu verlieren, faßte der Ministerrat einen Beschluß, der Reisen und Ausreisen generell erlaubte und die geringen Einschränkungen fast zum Verschwinden brachte. Das Politbüro-Mitglied Günter Schabowski verlas den Text dann vor der Presse so schnell und ungeschickt, daß die Zuschauer am Fernsehen gar nicht mitbekamen, daß jede Westreise genehmigt werden sollte. Es schien, als dürfe jeder jederzeit, also sogleich, die Grenze passieren.

So fuhren die Leute zur Mauer, um zu sehen, ob man „rüberkommt“. Ihre Geduld sank, je länger sie abgewiesen wurden, ihre Zahl stieg in die Tausende, bis der Leiter der Grenzübergangsstelle „Bornholmer Straße“ dem Drängen der Menge nachgab und um 22.30 Uhr „alle Kontrollen einstellte“. Das war nicht mehr die DDR. Kein Grenzkommandant wäre früher in solcher Situation allein gelassen worden und genötigt gewesen, selbst zu entscheiden. Um 23 Uhr erhielten die anderen Übergangsleiter die Erlaubnis, die Grenze zu öffnen. Wiederum kapitulierte das Regime vor dem Volk.



Grenzübergang auf der Höhe Behrenstraße, Dezember 1989
Foto: Fotoarchiv Jupp Darchinger im AdSD der FES

Der 9. November brachte den Deutschen, was sie am meisten wünschten und brauchten, das war nicht das Ende der Teilung, sondern das Ende der Trennung. In zwei Staaten konnte man zur Not leben, die große Mehrheit in Bundesrepublik und DDR hatte sich daran auch gewöhnt, aber die Unterbrechung menschlicher Verbindungen und die Scheidung einer Nation in zwei Gesellschaften, die fast nichts miteinander zu tun haben sollten, war unerträglich und unmenschlich. Seit die beiden Staaten Politik miteinander trieben, ging es im Kern um die Trennung. Die DDR wollte sich „abgrenzen“ gegen Westen, die Bundesrepublik mühte sich, die DDR zum Westen zu öffnen. Mit

dem 9. November wurde das Schlimmste überwunden, was der Kalte Krieg den Deutschen angetan hatte.

Unerkannt aber blieb zunächst die Konsequenz. Die DDR brauchte die Trennung, um zu überleben, konnte dann die Teilung weiter bestehen, wenn die Trennung aufgehoben wurde? Die Folgen der Maueröffnung entwickelten sich zu einem politischen Naturereignis. Wie Berlin in der Nacht des 9. November, so floß Deutschland in Wochen danach zusammen. Dem Strom von Ost nach West begegnete ein, schwächerer, Strom von West nach Ost. Was sich da entwickelte, war elementar und unaufhaltsam. Die DDR-Regierung konnte die Grenzen nicht wieder schließen, die Bundesregierung wollte es nicht. Die vier ehemaligen Siegermächte hatten, wenn es um ganz Deutschland ging, immer noch die oberste Gewalt, aber konnten sie nicht nutzen. Sollten die Amerikaner, Briten und Franzosen Bonn drängen, einen Visumzwang für DDR-Bürger einzuführen und die Grenzkontrollen zu verstärken? Sollte die Sowjetunion ihre Soldaten an die Übergänge schicken, um DDR-Bürger am „illegalen Grenzübertritt“ zu hindern?

Für einen alles entscheidenden Augenblick waren die Rollen vertauscht. Nicht die Politik bestimmte, was das Volk zu tun hatte, das Volk schuf Tatsachen, denen die Politik sich zu fügen hatte. Die deutschen und die europäischen Regierungen, sogar die Regierungen der beiden Weltmächte konnten nicht mehr tun, als in eine Form zu bringen, was geschah und sich unaufhaltsam fortsetzte. So etwas ist selten in der Geschichte, vielleicht war es unser größtes Wunder.



Einheitsfeier vor dem Reichstag, Berlin, 3. Oktober 1990
Fotoarchiv Jupp Darchinger im AdSD der FES

Das Unmögliche wird möglich

Mehr als vier Jahrzehnte lang war eine Vereinigung Deutschlands ausgeschlossen. Diktatur und Demokratie blieben ebenso unvereinbar wie die Sicherheits- und Machtbedürfnisse der bestimmenden Großmächte und ihrer europäischen Verbündeten. In den fünfziger Jahren waren die denkbaren Konzepte auf Konferenzen durchprobiert wor-

den. Wiedervereinigung durch gesamtdeutsche freie Wahlen, wie der Westen verlangte, hätte die Sowjetunion gezwungen, die DDR aufzugeben und den größten Teil ihrer Truppen dort hinter die sowjetische Grenze zurückzuziehen. Im eigenwilligen Polen konnten so viele russische Soldaten nicht stationiert werden. Eine Wiedervereinigung zu östlichen Bedingungen verlange eine Neutralisierung ganz Deutschlands, das hätte die Amerikaner gezwungen, den größten Teil ihrer Truppen nach Hause zu holen. Im eigenwilligen Frankreich konnten so viele amerikanische Soldaten nicht stationiert werden. Präsident Charles de Gaulle vertrieb sogar die Nato aus Paris und löste Frankreich aus der Militärorganisation der Allianz.

Spätestens seit 1955 war Deutschland für die Großmächte unentbehrlich geworden. Die Stellung der Sowjetunion in Mitteleuropa verlangte das Stationierungsfeld DDR, die den Schlußstein des Moskauer Imperi-

ums bildete. Die Stellung der Vereinigten Staaten in Europa verlangte das Stationierungsfeld und die Wehrkraft der Bundesrepublik. Und da die Großen in ihrer globalen Rivalität Europa nicht dem anderen überlassen konnten, mußten sie jeweils ihren Teil Deutschlands festhalten.

Als sich später das Ost-West-Verhältnis entspannte, erhielt die Teilung Deutschlands eine weitere Bedeutung. Entspannung setzte Wahrung des Status quo voraus: Wenn man vernünftiger miteinander umgehen wollte, mußte sicher sein, daß sich an der bestehenden Machtaufteilung nichts änderte. Keiner durfte fürchten, dass ihm ein Land verloren gehen könnte. Die Teilung Deutschlands wurde zur Bedingung für Frieden und Entspannung in Europa.

Als Drittes kam hinzu, daß die wachsende Stärke der Bundesrepublik den anderen Europäern Sorge machte. Der deutsche Weststaat war noch gerade so groß, daß er in die westeuropäische Gemeinschaft paßte. Ein vereinigtes Deutschland mit 80 Millionen Einwohnern war eine Schreckensvorstellung für West- wie Ostnachbarn. Mancher im Westen, der die DDR gar nicht mochte, schätzte sie doch, weil sie das deutsche Potential in Grenzen hielt. Honecker nutzte das. Bei seinem Staatsbesuch in Paris empfahl er seine DDR als beruhigende Garantie gegen deutsche Übermacht.

Die Deutschen selbst zeigten keinen Vereinigungseifer. Die DDR erklärte die deutsche Frage für erledigt, und in der Bundesrepublik erklärte Bundeskanzler Kohl sie zwar für „offen“, aber zog daraus keine praktischen Konsequenzen. Freiheit war wichtiger als Einheit. Wäre eine demokratische DDR unter Verzicht auf Vereinigung möglich geworden – im Bundestag wären einige ergreifende Trauerreden gehalten worden, aber die Mehrheit der Abgeordneten und die Mehrheit aller Deutschen hätten zugestimmt. Die Teilung, so durfte die Welt glauben, ist die



Demonstration in Dresden, 18. Dezember 1989
Fotoarchiv Jupp Darchinger im AdsD der FES

Lösung der deutschen Frage. Die meisten Deutschen glaubten es auch.

Doch dann trat eine Größe in die deutsche und internationale Politik, die in keiner Planung vorkam. Das Volk der DDR ruinierte seinen Staat, sprengte die Grenze zum Westen und überflutete mit Übersiedlermassen die Bundesrepublik. Die meisten Ostdeutschen hatten die Hoffnung aufgegeben, daß aus der DDR jemals ein funktionierendes Gemeinwesen werden könnte, und überließen ihren Staat dem weiteren Verfall. Auch die Aufnahme von Oppositionspolitikern in die Regierung brachte keine neue Autorität. Im Mai 1990 sollte eine demokratische Volks-

kammer gewählt werden, doch es erschien ungewiß, ob man bis dahin durchhalten könne, die Wahlen wurden auf Mitte März vorverlegt. Da keine politische Kraft die DDR zu stabilisieren vermochte, fragte sich, was soll werden mit diesem scheiternden Staat? Wohin mit ihm, wenn er allein nicht bestehen kann? Die Bundesrepublik war die einzige Macht, die materiell und politisch in der Lage war, das zerfallende Gebilde aufzunehmen.

Eben das wünschten auch die meisten Ostdeutschen. Wer immer Ende November 1989 damit angefangen hat, bei den Demonstrationen zu



Demonstration in Dresden, 18. Dezember 1989
Fotoarchiv Jupp Darchinger im AdSD der FES

rufen „Wir sind ein Volk“, ein Stimmungsumschwung äußerte sich da, der sich verstärkt fortsetzte und auch die Regierung der DDR zur Revision ihrer Meinung nötigte. Am 19. November erklärte der neue Ministerpräsident Hans Modrow, eine Wiedervereinigung Deutschlands stehe nicht zur Diskussion. Am 1. Februar legte er einen Plan zur deutschen Vereinigung vor. Letzte Klarheit gaben die freien Volkskammerwahlen am 18. März, die Mehrheit erhielten die Parteien, die entschieden für eine Vereinigung plädierten.

Schließlich hörten die Ostdeutschen nicht auf, in die Bundesrepublik überzusiedeln. Fast 350.000 waren 1989 gekommen, im Januar 1990 waren es schon wieder 58.000. Die Bundesregierung geriet unter wachsenden Druck der Länder und Gemeinden, die nicht mehr wußten, wohin mit den Zuwanderern. Bonn mußte etwas tun, um den Strom einzudämmen, und entwarf eine Wirtschafts- und Währungsunion mit

der DDR: Wenn die ersehnte D-Mark in den Osten kommt, brauchen die Ostler nicht mehr in den Westen zu wandern. Am 1. Juli 1990 trat die Union in Kraft, Deutschland war ökonomisch vereint. Keine Macht konnte das unaufhaltsam zusammenfließende Land wieder teilen.



2+4 - Verhandlungen, Bonn, 4./ 5. Mai 1990, Treffen der Außenminister
Foto: Fotoarchiv Jupp Darchinger im AdsD der FES

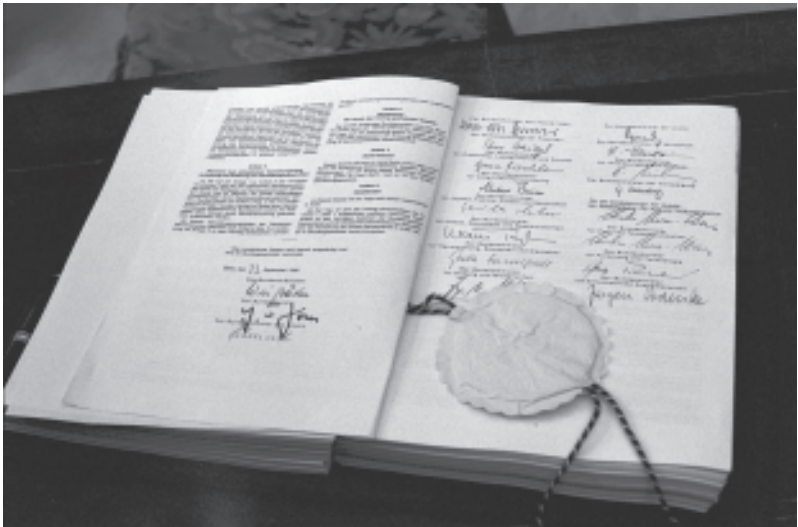
Die zweite Kraft, die zur Vereinigung trieb, war die Bundesrepublik. Innen- wie außenpolitisch begann die Bundesregierung, einen Zusammenschluß der unterschiedlichen Systeme vorzubereiten und mit den Verbündeten sowie mit Moskau zu verhandeln. Das Wichtigste war: Aller Widerstand gegen eine Vereinigung Deutschlands mußte gegen den stärksten Staat Westeuropas ankämpfen.

Einen Sieg aber konnte nur die dritte Kraft bringen, die Vereinigten Staaten. Präsident George Bush senior und sein Außenminister James

Baker hatten früher als andere erkannt, daß eine Vereinigung Deutschlands nicht aufzuhalten war. Sie setzten sich an die Spitze der Bewegung, weil sie eine große Chance für Amerika sahen. Sie erhoben zur Bedingung, das ganze vereinte Land müsse in der Nato sein, das hieß, die Russen müssen nach Hause gehen, denn im demokratisch gewordenen Polen können sie nicht bleiben. Amerika gewinnt den Kalten Krieg und wird zur einzigen Vormacht Europas. Es bleibt dort unentbehrlich, weil nur die USA die Kraft haben, das 80-Millionen-Deutschland im Zaum zu halten und für den Kontinent erträglich werden zu lassen.

Die Rechnung ging auf. Die Amerikaner überwandten mit der Nato-Einbindung Deutschlands den Widerstand der Europäer gegen eine

Vereinigung Deutschlands und machten mit demselben Argument Eindruck auch in Moskau. Gorbatschow wollte den Kalten Krieg zu Ende bringen, und da Bush das gleiche wollte, überließ er das Streitobjekt der Aufsicht Amerikas. Helmut Kohl vollendete das Werk, indem er die Vereinigung Deutschlands mit einem großen Schritt zur Vereinigung Europas ergänzte, mit dem Euro. Gorbatschow versprach er fast eine Halbierung der deutschen Streitkräfte aus Bundeswehr und Nationaler Volksarmee. Vor allem gab er dem sowjetischen Reformen, was er am dringendsten brauchte, einen Vertrag über große Wirtschaftshilfe, größer als je zuvor. So wurden am 3. Oktober alle Deutschen Bürger ein- und desselben uneingeschränkt souveränen Staates.



Vereinigungsvertrag, 24. September 1990
Fotoarchiv Jupp Darchinger im AdSD der FES

Der Koloß steht nur noch auf tönernen Füßen

Wäre es nicht tatsächlich geschehen, viele, besonders Kenner der deutschen Teilungsgeschichte, hätten es nicht geglaubt. „Vereinigung, das geht doch gar nicht“, rief einer der klügsten Zeithistoriker. Nicht nur ihm blieb unerklärbar, wie Gorbatschow sich auf eine Regelung des deutschen Problems hatte einlassen können, die genau dem entsprach, was Adenauer vierzig Jahre vorher gefordert und alle sowjetischen Führer konsequent abgelehnt hatten.

Gorbatschow hat ein Weltreich verschleudert, meinte er. Präsident Bush senior hingegen trat 1989 sein Amt in der Überzeugung an: „Die Sowjetunion ist eine Großmacht im Niedergang“. Seinen Außenminister wies er an, „die internationalen Auswirkungen dieses Niedergangs produktiv und friedlich zu handhaben“.

Seit Mitte oder Ende der siebziger Jahre war der Niedergang von außen erkennbar, vor allem in der Wirtschaft, weniger in der Ideologie. Der Partei- und Propagandabetrieb verdeckte, daß die Doktrin nicht mehr motivierte oder gar inspirierte, sie legitimierte nur noch



Kreml-Fahne

Quelle: Mauermuseum – Museum Haus am Checkpoint Charlie
Foto: Heike Wächter

die Herrschaft der Partei und die Herrschaft der Sowjetunion über ihre Gefolgsstaaten. Entscheidend war: Auch die Gläubigen, allezeit nur eine Minderheit, glaubten nicht mehr. Seit – spätestens – Anfang der achtziger Jahre standen alle sozialistischen Länder Europas vor einer ausweglosen Alternative: Entweder durchgreifende Änderungen oder Verelendung mit gefährlichen politischen Unruhen. Die kommunistische Form zu regieren und die Wirtschaft zu führen, war an die letzte Grenze ihrer Möglichkeiten gelangt, sie wurde mit keiner wesentlichen Aufgabe mehr fertig.

Gorbatschow, 1985 zum Generalsekretär bestimmt, verordnete innenpolitisch Glasnost, viel Freiheit des Wortes, und Perestrojka, organisatorische Umbauten. Die Außenpolitik befreite er von ideologischen Zwangsvorstellungen, die zu dauernder Konfrontation mit dem Westen führten. Vor allem ließ er den abhängigen Staaten Spielraum. Zuerst durften sie eigene Wege zum Sozialismus gehen und später sich sogar ihr politisches System wählen.

Gorbatschow bewies viel Vernunft, aber wie meist in der Politik war Schwäche die Mutter der Einsicht. Fast alles, was in der deutschen Vereinigungsgeschichte unglaublich erschien, wurde möglich, weil Moskau nicht mehr mit alter Kraft und Aufmerksamkeit in der DDR herrschte. Ob es zehn Jahre früher die Kontrolle sozialistischer Wahlen geduldet hätte, ist fraglich. Auf jeden Fall hätte es Ungarn früher nicht erlaubt, mit einem Bundeskanzler gegen einen Generalsekretär zu konspirieren und das Bruderland DDR in große Gefahr zu bringen. Früher hätte Moskau wahrscheinlich auch Polen, Tschechen und Ungarn angewiesen, die westdeutschen Botschaften in ihren Hauptstädten gegen DDR-Bürger abzuriegeln.



Michail Gorbatschow, 1989
Fotoarchiv Jupp Darchinger im AdSD der FES

Die Demonstranten des Herbstes `89 verdanken ihren Erfolg Gorbatschow, der die Sowjettruppen in den Kasernen hielt. Wären die Panzer aufgefahren und rücksichtslos wie am 17. Juni gegen die Auf-rührer vorgegangen, hätte aller Heldenmut nicht geholfen. Erich Honecker stürzte, weil die sowjetische Schutzmacht nicht mehr schützte und damit der DDR die Kraft nahm, sich selbst zu schützen.

Das Verhältnis zwischen Moskau und DDR-Berlin war gestört. Im Spätsommer 1989, noch vor dem Zusammenbruch der Honecker-Herrschaft, ging der Erste Stellvertretende Außenminister Herbert Krolikowski in die sowjetische Botschaft und bat den Gesandten Igor

Maximitschew um Offenheit: „Wir bitten nur um eins, uns deutlich zu sagen, was Ihr mit uns vorhabt. Die DDR ist unser Land, wir mögen sie, wir leben hier gern. Wenn Ihr uns jedoch sagt, Ihr brauchtet uns nicht mehr, Ihr könntet den Frieden in Europa auch ohne uns sichern, müssen wir versuchen, mit der neuen Lage fertigzuwerden. Wir werden die alte Konzeption der Konföderation in Deutschland wiederbeleben, Gespräche darüber mit Bonn beginnen und die bestmögliche Lösung für die Menschen hier anstreben. Sagt uns offen, was Euer Ziel ist, wir werden uns danach zu richten wissen“. Maximitschew berichtete über dieses Gespräch nach Moskau, aber bekam nie eine Antwort.

Honeckers Nachfolger Egon Krenz passierte am 9. November, was keinem DDR-Verantwortlichen früher passiert wäre: Er vergaß bei einer wesentlichen Entscheidung die Russen. Der Ministerratsbeschluß, fast ohne Einschränkung Reisen in den Westen zu erlauben, hatte besondere Bedeutung für die Vier-Mächte-Stadt Berlin. Alles, was Berlin anging, nahm die Sowjetunion unter scharfe Kontrolle, nichts Wichtiges durfte dort geschehen ohne ihr Einverständnis. Krenz vergaß, die Russen auch nur zu informieren. Als dann die Mauer gesprengt wurde und ganz Berlin zusammenfloß, schickte er ein Entschuldigungstelegramm nach Moskau. Es klang wie die Ausrede eines Zehnjährigen, der etwas kaputtgemacht hat: „Ist von alleine passiert“.

Gorbatschow war durch das Chaos, das nach der Maueröffnung in Berlin entstand, sehr beunruhigt. Kohl und Brandt fragte er warnend, ob sie sich der Bedrohlichkeit der Lage bewußt seien. Auch später erkundigte sich Moskau immer wieder im Kanzleramt, ob die Lage in der DDR außer Kontrolle geraten könne. Die Welt stand auf dem Kopf: Früher hatte der Kreml in seinem Ostdeutschland für Ruhe gesorgt, jetzt bat er westdeutsche Politiker, „beruhigend auf die Menschen einzuwirken“.



Ehemaliges Lazarett der Roten Armee, Beelitz-Heilstätten
Foto: Heike Wächter

Als dann über Deutschlands Zukunft verhandelt wurde, war Gorbatschows Position schwächer, als sie erschien. Die Sowjetunion saß mit 350.000 Soldaten in der DDR, sie brauchte sich auf nichts einzulassen, das ihr nicht paßte, niemand konnte sie aus ihrem Teil Deutschlands vertreiben. So schien es, aber so war es nicht mehr, denn diese 350.000 Mann waren, jedenfalls in der Masse, keine Armee mehr zum Vorzeigen. Sie waren verlottert und demoralisiert. Man sah es bald. Auf offenen Märkten verkauften die Soldaten, was die Ehre einer Truppe ausmacht: Uniformstücke, Orden und sogar Waffen. Am Verhandlungstisch gaben die Divisionen in der DDR keinen Trumpf mehr.

Die Armee war keine sichere Stütze, und die politische Stütze, die sowjettreue SED, existierte nicht mehr. Der sowjet-abhängige deutsche Staat löste sich auf, war wirtschaftlich der Bundesrepublik angeglie-



Eingangstor einer ehemaligen Kaserne der Roten Armee
Foto: Heike Wächter

dert und strebte zur staatlichen Vereinigung mit ihr. Moskau hätte in seinem Teil Deutschlands keine politische Basis und selbst keine Autorität mehr. Das gleiche galt für alle seine Gefolgsstaaten. Deren kommunistische Regenten waren gestürzt, einer wurde hingerichtet; die kommunistischen Parteien hatten ihre „führende Rolle“ verloren, mußten sich in freien Wahlen gegen andere Parteien behaupten und wandelten sich zu demokratischen Sozialisten. Gorbatschows Hoffnung, die einstigen Satelliten würden sich reformiert und modernisiert, freiwillig wieder um Moskau zusammenschließen, erwies sich als Illusion. Stalins euro-

päisches Imperium, das immer über die Kräfte der Sowjetunion gegangen war, zerfiel. Die Weltmacht hatte jenseits ihrer Grenzen keine Macht mehr und war selbst hilfebedürftig geworden, um wirtschaftlich und politisch neu beginnen zu können.

Das war die Lage, in der Gorbatschow sich auf eine Deutschlandlösung einließ, die keiner seiner Vorgänger akzeptiert hätte. Aber die waren eben nicht in dieser Lage. Gorbatschow verschleuderte kein Weltreich, er gab auf, was schon verloren oder nicht mehr zu halten war.

Für die Deutschen war es unglaublich. Die Entschlossenheit Moskaus, seinen deutschen Besitz festzuhalten, gehörte zu den festen Gewiß-

heiten der Politik in Bonn wie Ost-Berlin. Seit 1955, der Eingliederung der deutschen Staaten in feindliche Militärbündnisse, zweifelte kaum ein Verantwortlicher daran. Die Resignation in der deutschen Frage hatte hier ihren Hauptgrund. Mochte die DDR dahinsiechen, fallen konnte sie nicht, weil Moskau sie nicht fallen lassen würde. Mochte auch die Sowjetunion selbst in wachsende Schwierigkeiten geraten, ihren Machtwillen könnte es nicht brechen, die Erfahrung sagte es, und das sowjetisch-russische Selbstbewußtsein lebte von der Macht. Alle Zweifel, viele Irrtümer und der Unglaube, daß eine Vereinigung möglich sei, entsprangen einer Überschätzung der Weltmacht Sowjetunion: Es konnte nicht sein, daß sie im globalen Kampf der Giganten aufgeben und Amerika den Sieg im Kalten Krieg überlassen würde. Daß sie es tat, ganz Mitteleuropa räumte und sich hinter ihre Grenzen zurückzog, wurde für die Deutschen zum Wunder. Sie bekamen, was sie nicht mehr erwartet hatten, die Freiheit, die Einheit und den Frieden.

Impressum

ISBN 978-3-86872-178-2

Herausgeberin:

Dr. Irina Mohr
Friedrich-Ebert-Stiftung
Forum Berlin
Hiroshimastraße 17
10785 Berlin

Gestaltung, Layout, Satz:

Heike Wächter, Britta Ruge

Fotos auf dem Einband:

Bundesregierung/ Heiko Specht (1)
Bundesregierung/ Klaus Lehnartz (1)
Heike Wächter (6)
Fotoarchiv Jupp Darchinger im AdSD der FES (1)
Portrait Peter Bender: Joachim Liebe

Druck:

Wagemann Medien GmbH, Berlin

Die Publikation wird gefördert aus Mitteln der DKLB-Stiftung.

Copyright 2009 by Friedrich-Ebert-Stiftung
Forum Berlin.





ISBN 978-3-86872-178-2